

Staatskanzlei
distanziert
sich von
verurteiltem
Preisträger

HANNOVER/EPD – Die niedersächsischen Landesregierung und das Bündnis „Niedersachsen packt an“ haben sich „in aller Form“ von einem strafrechtlich verurteilten Syrer distanziert, der im vergangenen Herbst für seinen Beitrag zur Integration ausgezeichnet worden war. Der Mann war kürzlich vom Amtsgericht Hannover wegen einer Farbatacke auf den Niedersächsischen Landtag zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Nach heutigem Kenntnisstand würde der Anerkennungspreis nicht mehr an ihn vergeben, sagte ein Sprecher der Staatskanzlei am Dienstag.

Der 25-jährige Syrer, der 2015 nach Deutschland geflohen war, hatte im Jahr 2022 einen Anerkennungspreis im Rahmen des Video-Wettbewerbs „Erfolgsgeschichten aus Niedersachsen 2.0“ des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ erhalten. Im Frühjahr war der Mann dann in Verdacht geraten, im September 2024 gemeinsam mit fünf anderen bislang unbekannten Tätern in roter Farbe den Schriftzug „Free Gaza“ auf die historische Fassade des Landtagsgebäudes gesprüht zu haben.

Weil entscheidet
nach Wahl über
seine Zukunft

HANNOVER/DPA – Niedersachsens langjähriger Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) will noch mindestens ein Jahr lang Landtagsabgeordneter bleiben. „Jedenfalls bis zur Kommunalwahl im nächsten Jahr“ werde er das Mandat behalten, sagte er der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. „Danach entscheide ich, ob ich bis zur nächsten Landtagswahl im Landtag bleibe.“ Die Kommunalwahlen sind am 13. September 2026, die nächste Niedersachsen-Wahl findet voraussichtlich 2027 statt. Einen Entzug vom Amt des Regierungschefs verspüre er „erstaunlicherweise“ nicht.

Igel in Gefahr –
Nachtfahrverbot
für Mähroboter?

HANNOVER/DPA – Wenn auf den Straßen weniger überfahrene Igel gefunden werden, liegt es nach Einschätzung von Naturschützern daran, dass der Bestand sinkt: Die Zahl der von Rasenmährobotern schwer verletzt und getöteten Igel steigt laut Naturschutzbund Nabu rasant.

„Die Notfälle steigen exponentiell“, heißt es. Der Nabu forderte in Niedersachsen ein verbindliches Nachtfahrverbot für automatisierte Mähroboter täglich zwischen 18 und 7 Uhr. Die Dunkelziffer getöteter und verletzter Igel dürfte hoch sein – viele Tiere sterben demnach versteckt.

So kommt Freiflächen-PV ins Moor

ENERGIEWENDE Warum Verbände und Investoren noch großen Regelungsbedarf sehen

VON STEFAN IDEL,
BÜRO HANNOVER

HANNOVER/VAREL – Sie gelten als Pioniere für den Bereich der erneuerbaren Energien: Die Landwirte Lars Kaper und Andreas Rengstorf haben in Varel (Kreis Friesland) eine Photovoltaik-Anlage (PV) auf einer wiedervernässten Moorfläche von rund 40 Hektar initiiert. Rund 85.000 Solarmodule wurden installiert; Ende des Jahres solle die Anlage ans Netz gehen und Strom für 13.000 Haushalte liefern. Die Landwirte verbinden Klimaschutz mit nachhaltiger Landwirtschaft. Agri-PV-Anlagen auf Moorflächen sind allerdings mit großen Herausforderungen verbunden, so Henrik Wielert vom Landesverband Erneuerbare Energien (LEE). Der Spitzenverband von rund 200 Organisationen stellt etliche Forderungen auf.

Was macht das Moor
so interessant

Niedersachsen ist das Land mit den meisten Moorflächen in Deutschland. Viele davon werden landwirtschaftlich genutzt – meist als Grünland. Mit dem Klimagesetz hat sich Niedersachsen zum Ziel gesetzt, die jährlichen Treibhausgas-Emissionen aus kohlenstoffreichen Böden bis 2030 um 1,65 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr zu reduzieren. Die Wiedervernässung von Moorböden gilt als eine der effektivsten Maßnahmen des Klimaschutzes. Wenn die Flächen aber aus der landwirtschaftlichen Nutzung fallen, ist das mit hohen Wertschöpfungsverlusten verbunden. Eine Möglichkeit, diesen Zielkonflikt zu entschärfen, ist die Nutzung von Moorflächen zur Energieerzeugung.

Was sind die Probleme
bei Agri-PV im Moor

Technisch sind PV-Anlagen auf Mooren besonders herausfordernd, denn im Rahmen der Wiedervernässung ändert sich der Bodenkörper. Bauarbeiten sind meist nur in Trockenphasen möglich. Die Tragkonstruktionen müssen



Die Photovoltaik-Anlage auf einem Moorgebiet bei Varel gilt als Vorzeigeprojekt in Niedersachsen. Der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) fordert aber Bedingungen für Freiflächen-PV im Moor.

BILD: LARS KAPER

Schwingungen ausgleichen. In Varel seien die Wasserabläufe der Fläche verschlossen worden, so Landwirt Kaper. Für die Vernässung werde der Jahresniederschlag genutzt. „Es ist ja nicht so, dass dort auf einmal ein See entsteht.“

LEE-Referent Wielert weist auf die Änderungen bei Flora und Fauna durch die Wiedervernässung hin. Eine biologische Begleitung beim Bau der PV-Anlagen sei daher sinnvoll. Ein weiteres Problem: Wird das PV-Projekt beendet, müsse die Fläche eigentlich in den Ausgangszustand versetzt werden – also die Fläche abermals entwässert werden.

Ist so eine PV-Anlage
überhaupt wirtschaftlich

Für die Anlage in Varel investierten Kaper und seine Partner einen zweistelligen Millionenbetrag. Klar sei: Ein Bau im Moor sei aber deutlich teurer als eine Anlage etwa auf Sandböden. Kaper fordert eine neue Regulatorik, damit die Reduktion der CO₂-Emissionen gesondert vergütet werde. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) greife hier zu kurz. Übrigens: Um die Akzeptanz zu erhöhen, wurde die Bürger-Energiegenossenschaft Tangermoorweg gegründet, die

sich an einem Teil der Anlage beteiligt.

Was fordern der Verband
LEE und die Politik

„Photovoltaik gehört ins Moor, aber unter klaren Bedingungen“, so der LEE. Der Verband fordert eine eigenständige EEG-Förderung für Moor-PV; sie soll auch die hydrologischen Planungskosten abdecken. Es gebe Regelungsbedarf beim Umbruchverbot von Grünland und bei der Wiedervernässung, so Wielert. Wegen der unklaren Lage nach der Pachtphase werde ein „ro-

bustes Förder- und Eigentumsmodell“ benötigt, um Investitionen dauerhaft abzusichern. Zudem will der LEE mehr Forschung, um technische und naturschutzrechtliche Fragen zu klären.

Mit den Stimmen von Rot/Grün forderte der Landtag die Landesregierung auf, Planungs- und Genehmigungsverfahren von Agri-PV zu überprüfen und gegebenenfalls bei den Förderprogrammen nachzubessern. Auch die CDU-Opposition im Landtag setzt sich für eine bessere Förderung und Beratungsangebote für Landwirte zur Nutzung von Agri-PV ein.

STAND DER ENERGIEWENDE

Land Niedersachsen droht Solarausbau-Ziel zu verpassen

HANNOVER/DPA – Das Land Niedersachsen wird sein selbstgestecktes Ziel beim Ausbau der Solarenergie auf landeseigenen Gebäuden wohl verpassen. Für zwei von vier Ausbauregionen steht der Zuschlag an einen privaten Partner noch aus, sagte Finanzminister Gerald Heere (Grüne). Dabei sieht das Klimagesetz des Landes vor, dass bis zum laufenden Jahr 30 Prozent aller geeigneten Dachflächen des Landes mit Solarenergieanlagen auszustatten sind. Die bisher errichteten Anlagen wer-

den dafür aller Voraussicht nach nicht ausreichen. Bis zum Jahr 2040 sollen alle geeigneten Dächer belegt sein. „Die Photovoltaikoffensive des Landes läuft“, sagte Heere zwar. „Zwei Regionen sind bereits vergeben worden: die Region Hannover und der Nordwesten.“ Noch in diesem Monat werde für den Südosten als dritte Region ein Zuschlag erteilt. Danach fehle nur noch eine weitere Ausschreibung. Allerdings: Auch in der Region Hannover ist Heere zufolge bisher erst etwa jedes dritte

geeignete Landesgebäude mit Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlagen belegt worden – oder die Anlagen seien derzeit zumindest in der Montage beziehungsweise der unmittelbaren Vorbereitung dafür. „Das sind mehr als 33.000 Quadratmeter.“ Im Nordwesten seien es über 40.000 Quadratmeter – mehr als ein Drittel der möglichen Flächen. Eine Herausforderung für den langfristigen Ausbau ist, dass zuerst die eher unkomplizierten Flächen belegt werden. „Bei einer ganzen Reihe weite-

rer Flächen müssen wir erst die Dächer sanieren“, sagte der Minister. Das Land besitzt rund 5.500 eigene Bauwerke, die von Behörden und Hochschulen genutzt werden. Auf die Frage, ob die landeseigenen Dächer überhaupt einen maßgeblichen Anteil zur Energiewende beitragen können, sagte Heere: „Das Land ist ein relevanter Stromverbraucher.“ Es gebe zwar stromintensive Industrien, die noch viel mehr Energie verbrauchen, das Land habe aber auch eine Vorbildfunktion.

Razzia gegen bewaffnete rechtsradikale Gruppe

EXTREMISMUS Durchsuchungen im Raum Hannover/Hildesheim – Was hinter dem Einsatz steckt

VON CHRISTOPHER WECKWERTH
UND MIRJAM UHRICH

CELLE/HILDESHEIM/HANNOVER – Terror-Ermittler gehen gegen acht Beschuldigte wegen der Bildung einer mutmaßlich rechtsradikalen bewaffneten Gruppe vor. Einsatzkräfte durchsuchten am Dienstag zwölf Objekte in Niedersachsen – in der Region Hannover sowie in der Stadt und dem Landkreis Hildesheim, wie die Generalstaatsanwaltschaft Celle und das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen mitteilten. Im Enzkreis (Baden-Württemberg) und im Kreis Lippe (Nordrhein-Westfalen)

fand jeweils eine Durchsuchung statt. Die Maßnahmen mit Spezialkräften der Polizei waren am Nachmittag weitestgehend abgeschlossen.

Die Beschuldigten im Alter von 32 bis 57 Jahren werden verdächtigt, aus einer mutmaßlich rechtsradikalen Gesinnung heraus eine bewaffnete Gruppe gebildet und sich darin betätigt zu haben. Vier der Beschuldigten sollen zudem unerlaubt Kriegswaffen und andere vollautomatische Schusswaffen besitzen. Bei einem von ihnen habe das LKA bereits Ende April eine Pistole samt Munition beschlagnahmt.



Polizisten bei der Razzia in Hildesheim

BILD: DPA

Die Einsatzkräfte stellten laut Generalstaatsanwaltschaft mehrere Kurz- und Langwaffen sicher. Die Waffen seien scharf gewesen, unterliegen nach ersten Erkenntnissen aber nicht dem Kriegswaf-

fenkontrollgesetz. Darüber hinaus fanden die Ermittler Munition, Bargeld sowie Gegenstände, die als Sprengmittel geeignet sind. Sie überprüfen die Funde nun kriminaltechnisch und werten zahlreiche

Datenträger aus. Die Behörden erhoffen sich dadurch weitere Erkenntnisse zu den Aktivitäten der Gruppierung und zu geplanten Aktionen.

Für Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) zeigt der Einsatz einmal mehr, dass die größte Gefahr für Rechtsstaat und Demokratie von rechts ausgehe. „Insbesondere bei Gruppierungen innerhalb der extremen Rechten beobachten Polizei und Verfassungsschutz immer wieder Bestrebungen, sich zu bewaffnen“, warnte sie. „Dies dürfen und werden wir unter keinen Umständen hinnehmen.“